

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

liebe Hambrückerinnen und Hambrücker,

ein in vielerlei Hinsicht ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Eine Pandemie, wie sie nur die allerwenigsten von uns zu Lebzeiten bereits erlebt haben, hat unseren Alltag auf den Kopf gestellt. Von einem Tag auf den anderen mussten wir alte Gewohnheiten ablegen, können bis heute Familie und Freunde nicht in dem uns bekannten Ausmaß treffen und sind in vielen unserer lieb gewonnenen Freiheiten eingeschränkt.

Zum Jahresbeginn 2020 wurde das Coronavirus noch belächelt, so mancher Witz wurde auf den Prunksitzungen und Kappenabenden gemacht. Doch spätestens ab Mitte März war für uns alle klar: Das Jahr 2020 wird kein normales Jahr. Mit dem im März 2020 verhängten Lockdown standen wir vor vielen Herausforderungen - beruflich wie privat. Auch die politische Gemeinde wurde dazu gezwungen eine richtungsweisende Entscheidung zu treffen: Soll die für Anfang April geplante Bürgermeisterwahl stattfinden oder ist sie zu verschieben? Nach zahlreichen Gesprächen und Abwägungen der Für und Wider wurde der Entschluss gefasst, dass die Wahl durchgeführt wird. Im Nachhinein betrachtet war dies die richtige Entscheidung. Ein besonderer Dank für die Planung, Durchführung und Nachbereitung geht hierbei an Fachbereichsleiter Thomas Krempel und seinem Team!

Durch die Wahl von Herrn Dr. Marc Wagner zum Bürgermeister der Gemeinde kam frischer Wind in die Amtsstuben der Gemeindeverwaltung. Schnell wurde klar, dass mit Herrn Dr. Wagner ein kompetenter, zielorientierter Bürgermeister gefunden wurde, der selbst mit anpackt und sich für die Interessen der Gemeinde einsetzt. Das beste Beispiel dafür ist sein Einsatz für das Neubaugebiet Brühl, dessen Umsetzung sich nun endlich auf der Zielgeraden befindet und die Erschließung zeitnah beginnen kann. Ebenso ist die Entscheidung für einen Waldkindergarten zu nennen. Erst im vergangenen Jahr hatten wir diese Einrichtung in unserer Haushaltsrede vorgeschlagen. Wir begrüßen diese Entwicklung sehr und danken Bürgermeister Dr. Wagner und den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für die Umsetzung des Vorschlags!

Die zweite Jahreshälfte 2020 war geprägt von einer ständigen Unsicherheit wie es wohl weitergehen wird. Nach der Entwicklung mehrerer Impfstoffe und deren Zulassung zum Jahreswechsel können wir positiv in die Zukunft blicken. Die vergangenen Monate hielten für uns Vieles bereit und prägten uns nachdrücklich mit so manchen Situationen, Erlebnisse und Erkenntnisse. Einige davon haben auch Einzug in unsere diesjährige Haushaltsrede gehalten.

Waren in den letzten Jahren schon keine großen Sprünge oder Prestigeprojekte möglich, so sind sie für dieses Jahr überhaupt nicht denkbar. In seiner Haushaltsrede am 26. Januar 2021 hat Bürgermeister Dr. Wagner die Eckpunkte des Haushalts dargestellt. Im Ergebnishaushalt klafft eine Lücke von über 1.000.000 Euro. Forderungen nach großen finanziellen Aufwendungen verbieten daher die Vernunft und der Respekt vor den Steuerzahlern. Dennoch müssen gewisse Projekte angegangen werden und wir dürfen uns von einer solchen Situation nicht

unterkriegen lassen. Stagnation bedeutet Rückschritt, daher dürfen wir auch in diesem Jahr nicht nur reagieren, sondern müssen agieren und bestimmte Themen offensiv angehen. Einige unserer folgenden Forderungen sind kostenneutral, andere sind mit einem geringen finanziellen Aufwand verbunden. Allerdings fordern wir lediglich Dinge, die perspektivisch sinnvoll und nachhaltig sind; diese Forderungen zu einem späteren Zeitpunkt umzusetzen würde ein Vielfaches dessen Kosten, was aktuell notwendig ist.

An dieser Stelle möchten wir, nach vielen Jahren der Kritik an der „gefühlte“ jährlichen Erhöhung der Kreisumlage, darauf aufmerksam machen, dass der Kreistag des Landkreises Karlsruhe bei seiner Sitzung am 21. Januar 2021 eine Senkung der Kreisumlage um 1,5 Prozentpunkte beschlossen hat. Diese Entscheidung begrüßen wir sehr und danken ausdrücklich der Junge Liste-Fraktion im Kreistag für deren Einsatz in dieser Sache.

Die letzten Monate haben in unterschiedlichen Situationen deutlich gemacht, dass wir mit unseren bisher gültigen Satzungen an Grenzen stoßen, diese in vielen Punkten nicht mehr den aktuellen rechtlichen Vorgaben entsprechen oder einfach gesagt: Sie sind in die Jahre gekommen. Aus diesem Grund fordern wir erneut eine zeitnahe Überarbeitung der bestehenden Satzungen und Gebührenordnungen. Insbesondere gilt es die Hauptsatzung aus dem Jahr 2004 (in Kraft getreten am 01.01.2005) auf den neuesten Stand zu bringen. Die Änderungen müssen zwingend die aktuellen Regelungen der Gemeindeordnung beinhalten. Außerdem fordern wir in diesem Zuge die Einrichtung eines beschließenden technischen Ausschusses, welcher sich vorrangig mit Bauanfragen und Befreiungen von den geltenden Bebauungsplänen annimmt, aber auch viele andere technische Sachverhalte in kleinerer Runde beraten und beurteilen kann. Grundsatzentscheidungen sollen weiterhin vom Gemeinderat beschlossen werden. Ebenso soll es dem Ausschuss möglich sein, einzelne Sachverhalte aus bestimmten Gründen zur Beratung und Entscheidung an den Gemeinderat verweisen zu können. Die Einrichtung eines beschließenden technischen Ausschusses entlastet den Gemeinderat, sodass dieser sich in der gewonnenen Zeit mit wichtigen strategischen Aufgaben und Zielen befassen kann.

In diesem Zusammenhang fordern wir die Verwaltung dazu auf die Voraussetzungen für digitale Gremiensitzungen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten in der Hauptsatzung zu regeln. Das letzte Jahr hat gezeigt wie wichtig eine solche Alternative zu Präsenzsitzungen sein kann. In Verbindung mit dieser Digitalisierung wiederholen wir unsere Forderung nach einem Live-Stream der öffentlichen Gremiensitzungen aus dem vergangenen Jahr nochmals. Die Gründe hierfür sind vielfältig, benennen möchten wir aber insbesondere den Aspekt der Transparenz der Entscheidungen des Gemeinderates und zu Zeiten der Pandemie den notwendigen Infektionsschutz (Kontaktminimierung).

Der Ausbau der E-Mobilität ist nach der Einrichtung von zwei E-Carsharing-Angeboten (zeo) im Jahr 2016 ins Stocken geraten. Wir fordern daher als Ergänzung zu den beiden bestehenden Angeboten am Rathaus und auf dem Parkplatz vor der Apotheke die Realisierung eines dritten zeo-Autos im entstehenden Neubaugebiet Brühl.

Weiter soll es ein Konzept zur Umstellung der gemeindeeigenen Fahrzeuge beispielsweise bei Bauhof und Feuerwehr von Verbrennungs- auf Elektromotoren

geben, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Die Umstellung soll im Zuge von ohnehin geplanten Neubeschaffungen erfolgen und damit keine Mehrkosten generieren. Die vorhandene Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Feuerwehr und eine mögliche Anlage auf dem Bauhof- sowie Lagerhallendach in der Wittumstraße könnten genutzt werden um die Fahrzeuge „zu tanken“. Dies wäre aus ökologischer Sicht sinnvoll und würde den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Rechnung tragen.

Ausbau der E-Mobilität heißt aber auch eine leistungsfähige Infrastruktur zu schaffen. In diesem Zusammenhang soll auf öffentlichen Parkflächen die Möglichkeit der Einrichtung von E-Ladesäulen für die entsprechenden Fahrzeuge geprüft werden. Insbesondere denken wir hier an die Parkplätze der Lußhardthalle, deren Ausstattung mit E-Ladesäulen für Autos im Zuge der Umstellung der dort vorhandenen Beleuchtung auf moderne LED-Technik erfolgen kann. Aber auch die Grillhütte oder den Spielplatz am Vogelpark, wo Ladestationen für E-Bikes entstehen könnten haben wir im Blick. Dieser Punkt ist außerdem bei der Planung und Gestaltung der Parkflächen im Neubaugebiet Brühl zu beachten.

Sowohl der Individual- als auch der öffentliche Nahverkehr werden sich in den nächsten Jahren schnell ändern, daher müssen wir bereits heute die Weichen stellen, damit wir auf diese Veränderungen vorbereitet und für die daraus resultierenden Aufgaben gerüstet sind.

Die Verkehrsentwicklungen der letzten Jahrzehnte und die damit einhergehenden Mehrbelastungen der Anwohner in Sachen steigende Lärmbelästigung und schwindende Verkehrssicherheit, insbesondere der Anwohner der Hauptverkehrsstraßen, beschäftigen uns seit Jahren. Was zunächst lediglich im Rat diskutiert und durch kleinere Maßnahmen angegangen werden konnte, mündete durch die Änderung gesetzlicher Grenzwerte sowie die große Unterstützung der betroffenen Anwohner in den Lärmaktionsplan 3, welcher in der Gemeinderatssitzung am 9. Februar 2021 verabschiedet wurde. Nun liegt es an den zuständigen Verkehrsbehörden die geforderten Maßnahmen wie beispielsweise ein Durchfahrtsverbot für LKW oder die Anordnung von Tempo 30 auf den Hauptverkehrsstraßen umzusetzen. Hier bitten wir die Verwaltung dies nachdrücklich zu forcieren. Sollte sich der Verkehr auf Grund der Geschwindigkeitsreduzierung auf den Hauptverkehrsstraßen in die Wohngebiete verlagern, müssen wir über weitergehende Maßnahmen, wie beispielsweise Tempo 30 auf allen Straßen in Hambrücken, nachdenken und diskutieren. Eine Verlagerung des Verkehrs in die Wohngebiete ist für uns völlig inakzeptabel.

Ein weiterer Baustein bei diesem Thema sind Umgehungsstraßen. Uns allen ist bewusst, dass die Realisierung von solchen Straßen einen langwierigen und kostenintensiven Prozess darstellt. Dennoch haben wir uns beim Beschluss über das zukünftige Aussehen des Neubaugebietes Brühl für eine kleine Umgehungsstraße, welche bei geringem Eingriff in die Natur einen großen Nutzen für unsere Gemeinde hätte, eingesetzt und konnten die Planung hierfür im Gemeinderat mehrheitlich beschließen. Perspektivisch war es daher ebenso sinnvoll wie folgerichtig den Bau eines Kreisverkehrsplatzes am Ortsausgang Richtung Wiesental zur Erschließung des Neubaugebietes sowie als Beginn beziehungsweise Ende der möglichen Umgehungsstraße zu unterstützen; dies haben wir getan.

An dieser Stelle möchten wir uns nochmals klar hinter die Entscheidung zum Baugebiet Brühl stellen. Wir wollen damit allen voran jungen Familien eine Chance geben in ihrer Heimatgemeinde bleiben zu können.

Kritisch beobachten wir die Entwicklungen beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und im Speziellen, wie es mit der Machbarkeitsstudie zur S2-Verlängerung weitergeht. Nach wie vor sehen wir hierfür einen Bedarf in Hambrücken und den umliegenden Ortschaften. Damit verbunden wären sicherlich eine weitere Reduktion des Individualverkehrs und damit die Verringerung der Lärmbelastung sowie die Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer in Hambrücken.

Es gilt weiterhin die Beschilderung der Radverkehrswege rund um Hambrücken auszubauen. Außerdem wird immer wieder über Radschnellwege diskutiert, bekanntlich werden diese aus verschiedenen Töpfen lukrativ gefördert. Die Entwicklungen in diesem Bereich behalten wir im Blick und werden eine sich auftuende Gelegenheit ergreifen um einen Anschluss an einen solchen Radschnellweg zu erhalten.

Die Wohnbebauungen entwickelt sich, auch in Hambrücken, vermehrt zu Mehrparteienhäusern und Geschosswohnungsbauten welche oftmals weder einen Balkon noch einen eigenen Garten haben. Doch gerade in den letzten Monaten haben wir alle erfahren wie wichtig die Möglichkeit der Naherholung im Freien heutzutage ist. Daher begrüßen und unterstützen wir das ehrenamtliche Engagement im Bereich des Obstlehrpfades, der Sanierung der Schutzhütte beim Lehrteich und der vielen anderen Projekte in und rund um Hambrücken, die oftmals im Verborgenen und anonym realisiert werden. Vielen Dank für den unermüdlichen Einsatz vieler Einwohnerinnen und Einwohner!

In diesem Zusammenhang möchten wir an unseren Antrag auf Erstausrüstung von Hambrücker Imkerinnen und Imkern aus dem letzten Jahr erinnern. Dieses Jahr möchten wir hierzu ergänzend den Erwerb von Wohneigentum eine Möglichkeit schaffen einen einheimischen Obstbaum zu pflanzen. Bestenfalls soll das Projekt in Verbindung mit dem Obstlehrpfad gerne aber auch auf den geplanten Grünflächen im Neubaugebiet Brühl umgesetzt werden. Gemeindeeigenen Flächen sind hierfür vorhanden und können genutzt werden. Diese Maßnahmen können mit Hilfe des Förderprogramm Blühflächen und Biodiversitätspfade vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz finanziell gefördert werden. Die Beantragung dieser Mittel ist zur Finanzierung der zuvor beschriebenen Projekte sowie bei den gemäß vorliegendem Haushaltsplan vorgesehenen Blühstreifen zu prüfen.

Zur Umsetzung dieser Projekte und vieler weiterer Aufgaben, welche in der Vergangenheit zum Teil liegen geblieben sind oder mit hohem finanziellem Aufwand an Dritte vergeben wurden, haben wir den Bedarf eines Gärtners im Arbeiterbereich der Gemeinde ausgemacht und hierzu einen Antrag auf Einrichtung einer entsprechenden Stelle im Stellenplan für das Jahr 2021 gestellt. Die Finanzierung wurde im Antrag dargelegt und hätte über Einsparungen im investiven Bereich erfolgen können. Leider wurde dieser Antrag seitens des Gemeinderates mehrheitlich abgelehnt. Nichts desto trotz halten wir an dieser Forderung fest und werden bei zukünftigen Stellenbesetzungen im Arbeiterbereich darauf achten, dass eine Person mit einer gärtnerischen Ausbildung eingestellt wird.

Nach der Fertigstellung des Pflegeheimes sollte zügig mit den Planungen für die Bebauung der gemeindeeigenen Nachbarbauplätze begonnen werden. Die Junge Liste könnte sich hier den Verkauf der Bauplätze an junge Familien in Hambrücken vorstellen. Weiterhin soll unseres Erachtens die Ausfahrtsituation von der Rheinstraße in die Hauptstraße untersucht werden. Hier sehen wir eine auf Jahrzehnte hinaus einmalige Chance die Straße an dieser Stelle zu verbreitern und eine separate Linksabbiegespur zu realisieren. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer Querungshilfe für Fußgänger über die Rheinstraße, welche auf Grund der Straßenbreite heute schon wünschenswert wäre und mit einer Verbreiterung der Straße zwingend erforderlich sein wird.

Trotz der finanziellen Situation ist uns eines ganz wichtig: Die Sicherheit unserer Rathausmitarbeiter. Um diese zu gewährleisten, ist die Sanierung des Rathausgebäudes unausweichlich. Die Ertüchtigung der Heizungsanlage sowie die Sicherstellung des Brandschutzes hat dabei oberste Priorität. Es ist ein geeigneter Sanierungsplan aufzustellen, der vor allem die Kosten im Auge behält und mögliche Fördertöpfe und Sanierungshilfen von Bund und Land ausschöpft.

Im Zuge der Rathaussanierung sollten nunmehr die Überplanungen der gemeindeeigenen Grundstücke in der Weiherer Straße und des Rathausparkplatzes in Angriff genommen werden. Hier könnten wir uns einen Geschosßwohnungsbau gut vorstellen um der Nachfrage nach geeignetem Wohnraum in Hambrücken gerecht zu werden.

Mit der Realisierung des Neubaugebietes Brühl wird nunmehr in Hambrücken das vermeintlich letzte mögliche Baugebiet in Hambrücken erschlossen. Umso mehr sollte das Augenmerk zukünftig auf die innerörtliche Verdichtung gelegt werden, ohne damit wertvolle Grünflächen zu berühren. Hierbei unterstützt das Land Baden-Württemberg mit dem Förderprogramm „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“. Das Programm richtet sich an Kommunen, welche an der Erarbeitung innovativer Konzepte und städtebaulicher Planungen zur Innenentwicklung interessiert sind. Zudem wird in dem Programm der Einsatz kommunaler Flächenmanager gefördert. Wir bitten die Gemeindeverwaltung um zeitnahe Prüfung, ob dieses Förderprogramm für Hambrücken in Frage kommt, sowie eine Behandlung dieses Themas im Gemeinderat.

Das Instrument der innerörtlichen Verdichtung hat auf vieles Einfluss, so auch auf Veranstaltungen der Gemeinde und der Vereine. Durch die Bebauung des Areals Grüner Baum wird das jährliche Straßenfest beispielsweise nicht mehr an gewohnter Stelle stattfinden können. Durch den Wegfall des Straßenfestes fehlt den Vereinen eine wichtige Einnahmequelle, die (wenn überhaupt) nur schwer und mit hohem Aufwand kompensiert werden kann. Hier wünschen wir uns seitens der Verwaltung im Einklang mit unseren Vereinen und dem Straßenfestkomitee ein gänzlich neues Konzept an einem neuen Standort.

Unsere Vereine mit ihren zahlreichen gesellschaftlichen und kulturellen Angeboten fehlen uns allen. Wir hoffen darauf, dass die „alte“ Normalität in den nächsten Monaten nach und nach zurückkehren wird, sowohl im Vereinsleben als auch im Privaten.

Zusammenfassend dürfen wir feststellen, dass wir als Junge Liste unsere Zustimmung zum Haushalt für das Jahr 2021 erteilen.

Herrn Ott und seinen Mitarbeitenden danken wir für die Auf- und Bereitstellung des umfangreichen Zahlenwerks. Sicherlich war diese Aufgabe allein durch die vielen Unbekannten, welche uns noch während und im Nachgang der Pandemie erwarten, in diesem Jahr besonders herausfordernd.

Bei den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit sowie den offenen und kontroversen aber stets respektvollen Austausch.

Vielen Dank an alle Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich zum Wohl unserer Gemeinde engagieren, bei der Feuerwehr, dem DRK und der Notfallhilfe, in der Flüchtlingshilfe, bei der Kirche, im Seniorenbeirat und in unseren zahlreichen Vereinen, auf die wir sehr stolz sein dürfen.

Vielen Dank auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung und des Bauhofs für ihre Arbeit, stellvertretend dafür Bürgermeister Dr. Wagner und den Fachbereichsleitern Herrn Köhler, Herrn Krempel und Herrn Ott.

Abschließend möchten wir uns bei den Bürgerinnen und Bürgern für ihr entgegengebrachtes Vertrauen bedanken.

Ihre Junge Liste Hambrücken